

FAMILIENVERBANDES ÖSTERREICH

immer noch viel zu tun



FOTO: RATGEBERZENTRALE.DE



FOTO: KfV

nutzbares Humankapital. Der KfV fordert daher mehr Rechte und Leistungen vom Staat.

Andreas Henckel-Donnersmarck vom Kärntner KfV

oder Treibstoffkosten stetig gestiegen. Durch eine Anpassung von Familienleistungen sollte diesem Missstand entgegengewirkt werden. Bei Pensionen oder Gehaltsverhandlungen ist eine solche Abgeltung der Inflation für die Politik – nicht zuletzt, wenn es um die Parteienförderung geht – schließlich immer wieder ein probates Mittel.

Aufnahme in die Landesverfassung

In Kärnten findet sich außerdem ein Missstand, den der Katholische Familienverband unter dem Vorsitzenden Andreas Henckel-Donnersmarck und Geschäftsführerin Gudrun Kattinig zu lösen sucht: Die längst überfällige Verankerung der Familie in der Landesverfassung. Henckel-Donnersmarck dazu: „Für die meisten Menschen ist die Familie von zentraler Bedeutung. Mit der Aufnahme in die Landesverfassung würde dieser Bedeutung Rechnung getragen und Familie gemeinhin die angemessene Relevanz zugesprochen.“

Nur durch diese „verfassungsmäßig be-

legte Relevanz“ werden sich Entscheidungsträger auf Bundes- sowie Landesebene dazu verpflichten, Gesetze oder Verordnungen familiengerecht zu gestalten und bereits bestehende Regelungen anzupassen, ist man seitens des KfV überzeugt.

Weiters fordert der KfV eine Interessenvertretung für Familien, wie es für verschiedene Bevölkerungsschichten – beispielsweise Pensionisten – Berufsgruppen oder Industriezweige schon lange der Fall ist. Denn: „Mit einer starken Lobby im Rücken lässt sich ein gewisses Maß an Druck aufbauen, das von Nöten ist, um gesetzliche Strukturen im Entstehungsprozess mitzugestalten.“ Dritter und letzter Kernpunkt im Papier des KfV Kärnten ist die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Zum Wohle des Kindes und auf Basis des Gleichheitsprinzips brauche es die Anerkennung und finanzielle Gleichstellung für die Betreuung innerhalb und außerhalb der Familie: „Die derzeit geltende Regelung behandelt Familien ungleich und überlässt sie ei-

ner Unrechtsituation.“ Dabei werde die „ausgelagerte“ Kinderbetreuung in Kindergärten oder Tagesstätten vom Gesetzgeber als wertvoller eingeschätzt als die innerhalb der Familie, für die weniger zweckgebundene Geldleistungen von staatlicher Seite fließen.

Was die Politik daraus macht

Nachdem diese Forderungen an die Kärntner Landtagsparteien herangebracht und von politischer Seite zur Kenntnis genommen wurden, soll die Verankerung der Familie in der Kärntner Landesverfassung noch vor der nächsten Landtagswahl beschlossen werden.

KfV-Kärnten Geschäftsführerin Gudrun Kattinig dazu: „Wir wollen, dass unsere Anliegen ernstgenommen und weiterverhandelt werden.“ Bleibt zu hoffen, dass Familienrechte, gerade aufgrund ihrer Bedeutung für die ganze Gesellschaft und in Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen, nicht zu einem Spielball politischer Machtinteressen werden.